

II-11238 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5340W

1993 -09- 23

A N F R A G E

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Dr. Müller, Strobl, Mag. Guggenberger
und Genossen
an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
betreffend Erfahrungen mit § 63 Abs. 5 AVG

Der Bericht des Landesvolksanwaltes von Tirol für das Jahr 1992 enthält auf der Seite 59 folgende Feststellung:

"Im Zuge der AVG Novelle 1990 wurde die Bestimmung des § 63 Abs. 5 mit Wirkung 1. Jänner 1991 dahingehend geändert, als eine Berufung nicht nur bei der Behörde, die den Bescheid in erster Instanz erlassen hat, sondern auch bei der Behörde, die über die Berufung zu entscheiden hat, eingebracht werden kann. Diese Vorgangsweise sollte eine Verbesserung für die Berufungswerber bringen, hat sich jedoch nach unseren Erfahrungen als wenig bürgerfreundlich, unzweckmäßig und problematisch erwiesen." Die Landesvolksanwaltschaft demonstriert dann anhand einiger Beispiele, daß etwa bei drei Instanzen oder bei Berufungsvorentscheidungen u.a. erhebliche Verzögerungen oder gravierende Verfahrensmängel zum Nachteil des Berufungswerbers entstehen können. Fazit der Volksanwaltschaft: "Die damit zusammenhängenden Verzögerungen wie überflüssigen Aktenläufe zwischen den Behörden der verschiedenen Instanzen entsprechen weder den Interessen einer serviceorientierten Verwaltung, noch sind sie den Vorstellungen des Gesetzgebers zu entnehmen."

Zur Vorbereitung einer sinnvollen Änderung dieser Bestimmung richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister die folgende

A n f r a g e :

1. Sind Ihnen auch aus anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung oder aus anderen Bundesländern derartige Berichte über die unerwünschten Auswirkungen der aktuellen Fassung des § 65 Abs. 3 bekanntgeworden ?
2. Welchen Weg halten Sie für geeignet, den seinerzeitigen Intentionen bei gleichzeitiger Vermeidung der genannten Nachteile Rechnung zu tragen ?